

Statement von Landesbischof Dr. Johannes Friedrich im Münchner Presseclub am 9. Januar 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Weihnachtspost, die ich bekam – mehr als 1000 meist sehr geschmackvolle Weihnachtskarten – waren auch drei Briefe, die mich sehr beeindruckt haben. Diese Weihnachtsgrüße kamen vom Islamischen Zentrum Hamburg, von der Islamischen Gemeinschaft Milli Gurus und von der Islamischen Gemeinde in Penzberg. Aus dem letzten Brief möchte ich zitieren: Er ist überschrieben mit: „20. Dezember Islamisches Opferfest und 25. Dezember (!) Christliches Weihnachtsfest 2007“.

„Fast zeitgleich mit dem christlichen Weihnachtsfest feiern weltweit Muslime am 20. Dezember das Islamische Opferfest. Sie gedenken dabei an die Bereitschaft Abrahams seinen Sohn Ismail zu opfern.

Im Gedenken an diese Opferbereitschaft schächten Muslime und teilen das Fleisch mit Armen und Bedürftigen. Am 25. Dezember feiern Christen das Weihnachtsfest – die Geburt Jesu. Jesus wird im Koran als einer der fünf bedeutendsten Propheten geehrt. In der Begegnung von Christen und Muslimen wird häufig von Unterschieden gesprochen, Gemeinsamkeiten werden kaum benannt. Religiöse Feiertage sollten willkommene Gelegenheiten sein, den Dialog zu beleben und zu intensivieren. In diesem Sinne wünschen wir Muslimen und Christen gesegnete und besinnliche Festtage und alles Gute im kommenden Jahr! Mögen sie Ihnen, Ihrer Familie und der gesamten Menschheit Frieden, Humanes, Glück und Erfolg bringen.
Penzberg, 17. Dezember 2007 Im Namen der Islamischen Gemeinde Penzberg
Imam Benjamin Idriz Vorsitzender Bayram Yerli“

Ich habe mich über diese Weihnachtsgrüße besonders gefreut, erwidern sie doch die Grüße, die wir, unser Islambeauftragter und ich, in den letzten Jahren an die Islamischen Gemeinden und Institutionen zum Fastenbrechen geschickt hatten.

Ein Stück Normalisierung zwischen den Vertretern der verschiedenen Religionsgemeinschaften in unserem Land?

Zu Beginn dieses Jahres 2008 möchte ich etwas ausführlicher sprechen über das Verhältnis der christlichen Kirchen zu den islamischen Gemeinden in Deutschland.

Für die Wahl dieses Themas gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Da sind etwa die Diskussionen um den Neubau der Moscheen in Köln, in Frankfurt am Main und auch bei uns hier in München, die manche Kreise der Bevölkerung aufwühlen.

Da ist die Diskussion um den „Tatort“ mit Maria Furtwängler, der die Aleviten in unserem Land aufgewühlt hat.

Da ist auf der Ebene der Bundespolitik das Bemühen der Bundesregierung, in der Islamkonferenz die Integration der Muslime in unseren Staat, unsere Rechtsordnung und unsere Kultur zu fördern.

Da sind auf der einen Seite Gefühle der Fremdheit gegenüber einer anderen Religion, vielleicht auch nur das Gefühl der Fremdheit gegenüber einer anderen Kultur, das religiös interpretiert wird.

Da sind aber auf der anderen Seite auch bemerkenswerte Initiativen im interreligiösen Dialog in vielen Orten Bayerns und in vielen Gemeinden unserer Landeskirche.

Der Journalist Jörg Lau hat kürzlich in München in einem Vortrag auf Einladung der Evangelischen Stadtakademie und der Freunde Abrahams erklärt: „In Deutschland stehen muslimische Gemeinden und Kirchen gleichermaßen unter Stress. Denn es gilt, ein neues ‚Wir‘ zu suchen.“

Deshalb möchte ich eine gelungene Initiative besonders erwähnen: Am 16.12. des vergangenen Jahres konnte ich in einem Festgottesdienst in der Friedenskirche in Nürnberg eine christlich-islamische Initiative würdigen. Ich konnte dort den Dank unserer Kirche gegenüber der Finnischen Evangelisch-Lutherischen Mission für ihr 15-jähriges Engagement in Nürnberg aussprechen. Vor 15 Jahren haben finnische Pfarrer mit der christlich-islamischen Dialogarbeit in Nürnberg begonnen. Die Arbeit wurde zunächst allein von der finnischen Kirche getragen. Im Sommer 2004 kehrte die letzte finnische Pfarrersfamilie zurück, seitdem arbeiten ein bayerischer Pfarrer und eine Diakonin in dem christlich-islamischen Begegnungszentrum „Brücke-Köprü“, das aus der finnischen Initiative entstanden ist. Der in den letzten Jahren zuständige Nürnberger Dekan, der heutige Islambeauftragte Dr. Oechslen, hat diese Initiative sehr gefördert, sodass sie jetzt von der Landeskirche und dem Nürnberger Dekanat getragen wird. Es handelt sich um eine blühende Arbeit, die weit über Nürnberg hinaus ausstrahlt. Das Buch „Wir sind Brückenmenschen“, das im November erschienen ist, legt von dieser Arbeit beredtes Zeugnis ab. Ein solches christlich-islamisches Begegnungszentrum ist einzigartig im deutschen Sprachraum.

Nun aber einige grundsätzliche Erwägungen zur Präsenz des Islam in Deutschland und unsere Reaktion auf diese Präsenz. Ich möchte meine Erwägungen in zwei Teile gliedern, der erste Teil heißt „**Klarheit**“, der zweite Teil wird dann „**gute Nachbarschaft**“ heißen.

Der Dialog zwischen Christen und Islam benötigt **Klarheit**. Diese Klarheit ist in erster Linie eine theologische Klarheit. Klarheit ist notwendig beim Aussprechen des jeweils eigenen Glaubens. Interreligiöser Dialog kann nur gelingen, wenn alle beteiligten Partner ihre eigene Überzeugung klar und offen aussprechen und auch die Dinge nicht aussparen, die bei den Gesprächspartnern Verwunderung, Erstaunen oder Befremden auslösen müssen.

Im Gespräch mit Muslimen ist die Gottesfrage der zentrale Punkt, in dem sich sowohl Übereinstimmung als auch Differenz am deutlichsten zeigen. Eine wesentliche Übereinstimmung zwischen Judentum, Christentum und Islam liegt im Bekenntnis zu dem einen Gott, dem – in klassischer muslimischer Formulierung – nichts „beigesellt“ werden darf. In einer Welt vielfältigen Götzendienstes – dabei denke ich nicht zuerst an polytheistische Religionen, sondern an die Vergöttlichung innerweltlicher Mächte und Gewalten – heißt das: Alle drei Religionen rufen auf zur Bekehrung von den Götzen zu Gott.

Hier zeigt sich nun aber auch die Differenz: Christen sind überzeugt, dass Gott nicht ein rein jenseitiger, sozusagen „weltloser“ Gott ist, sondern dass dieser Gott in Bewegung ist, zunächst in sich selbst und dann zur Welt und zu den Menschen hin. Gerade in der Weihnacht machen wir Christen uns wieder bewusst, dass Gott aus der Ferne zu uns herabgestiegen ist, in Jesus von Nazareth einer von uns geworden ist. Freilich, ohne seine Gottheit dabei aufzugeben. Er ist für uns Christen „zugleich wahrer Gott und wahrer Mensch“ – ein Bekenntnis, das Muslime niemals teilen können. Gott ist für uns Christen Gott nicht nur als Gott Vater, sondern auch als der Sohn Jesus Christus und als der Heilige Geist. Alle drei sind jeder für sich und auch zusammen der eine Gott. Diese Lehre vom Dreieinigen Gott ist vielleicht einer der zentralen theologischen Unterschiede zum muslimischen Glauben.

Ein zweiter Gesichtspunkt ist nicht weniger wichtig: Zu den unaufgebbaren Grundlagen des christlichen Glaubens gehört die Überzeugung und das Bekenntnis, dass Gott sich nicht noch einmal anders offenbaren wird, als er es in der Person Jesu Christi getan hat und tut. Der Ausdruck „Sohn Gottes“ meint genau dies: Jesus Christus ist Offenbarer Gottes, der uns auch den Sinn von Gottes Schöpfungshandeln und von Gottes Gerichtshandeln am Ende der Zeiten unwiderruflich offenbart. Man kann Jesus einen Propheten nennen, aber dann ist er der letzte, der ultimative Prophet, mit dem Gott sich ein für allemal identifiziert hat.

Aus dieser Christologie, d.h. aus der Identifikation Gottes mit Person und Geschick des Menschen Jesus, ergibt sich der dritte Gesichtspunkt, über den wir mit Muslimen intensiv diskutieren müssen: Die Beziehung Gottes zum Leiden.

Christen glauben, dass der Weg Jesu Christi ans Kreuz nicht ein Irrweg war, ein Unfall oder Zufall der Weltgeschichte, sondern ein notwendiger Weg. Das bedeutet: Erfolg ist kein notwendiger Name Gottes. Irdisches Scheitern ist kein Argument gegen Gott oder gegen den Glauben. Ohne dass wir Misserfolg oder Leiden verherrlichen oder schön reden, sind wir überzeugt, dass Gott auch den Leidenden und Gescheiterten, den Trauernden und Verfolgten, den geistig Armen und den Sanftmütigen ewige Zukunft verheißt. Hier zeigen sich die gesellschaftlichen Folgen christlichen Glaubens unmittelbar. Zur Wirkungsgeschichte des Christentums gehören von Anfang an das Interesse und die Fürsorge für die Kranken. Hier zeigt sich aber auch, wie differenziert der Dialog mit Muslimen geführt werden muss. So sehr der Islam ein Scheitern des Propheten Jesu verneint, so wahr ist auch, dass einige der großen muslimischen Philosophen, die auch das Christentum beeinflusst haben, Ärzte waren. Genannt sei hier Ibn Sina, lateinisch Avicenna (980-1037), ohne den das lateinische Mittelalter undenkbar wäre.

Die Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft“, die wir im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland im November 2006 beschlossen haben, und um die es im vergangenen Jahr viele Diskussionen gegeben hat, hat darin ihre Stärke, dass sie die Differenzpunkte zwischen Christentum und Islam nicht ausklammert und verwischt, denn gerade indem sie diese Differenzpunkte benennt, ermöglicht sie ein wirklich zukunftsweisendes, wenn auch vielleicht mühevolleres, interreligiöses Gespräch.

Ich möchte mich hier noch mal ausdrücklich zu der im Titel der Handreichung genannten „Klarheit“ bekennen.

Die Religionsfreiheit als eine der geistigen Grundlagen unserer Gesellschaft bedeutet ja nicht, die anderen Religionen in „Ruhe zu lassen“, einfach nur gewähren zu lassen, sowenig wie wir erwarten, in Ruhe gelassen werden.

Religionsfreiheit meint für uns nicht ein laizistisches Konzept von Gesellschaft, in dem die Religion zur reinen Privatsache erklärt wird, von der man in der Öffentlichkeit nicht spricht.

Religionsfreiheit bedeutet das Öffnen eines schwierigen, aber zugleich verheißungsvollen Dialogs in der Gesellschaft über alle Fragen, die das Menschsein und das Zusammenleben in der Gesellschaft betreffen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine wichtige Schrift hinweisen, die die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands schon vor vielen Jahren herausgebracht hat, und die inzwischen in 7. Auflage vorliegt. Es handelt sich um das Buch „Was jeder vom Islam wissen muss“. In diesem Buch werden die wichtigsten Grundlagen des Islam und seine geschichtlichen Ausprägungen allgemein verständlich dargestellt. Das dialogische Konzept

des Buches bedeutet, dass zunächst der Islam selbst zu Wort kommt, bevor dann eine christliche Stellungnahme formuliert wird. Das Buch hat breite Anerkennung gefunden, sowohl als Lehrbuch für den Unterricht, als auch als übersichtliches Nachschlagewerk für alle gesellschaftlichen Gruppen.

Als Leitender Bischof der Vereinigten Evangelischen-Lutherischen Kirche in Deutschland trete ich dafür ein, dass das Buch überarbeitet und aktualisiert wird und somit weiterhin als Standardwerk des christlich-islamischen Dialogs zur Verfügung steht.

Schließlich liegt mir daran, dass der Offene Brief der 138 muslimischen Religionsgelehrten „A Common Word“ vom 13. Oktober 2007 bald von unserer Seite beantwortet wird. Auch christliche Theologen, die diesen Brief kritisch lesen – und man muss sicher den Islam genauer kennen, um diesen Brief wirklich theologisch richtig würdigen zu können – , aber auch solche kritischen Kenner würdigen die grundsätzlich positive Intention des Unterzeichners als eine „Friedensbotschaft“ in einer noch nie da gewesenen muslimischen Einheitsbekundung.

Wir beraten augenblicklich auf den verschiedenen Ebenen der Vereinigten Evangelisch Lutherischen Kirche Deutschlands, des Lutherischen Weltbunds und des Ökumenischem Rates der Kirchen, in welcher Weise wir dies beantworten wollen.

Klarheit bedeutet auch, deutlich zu machen, dass Religionsfreiheit nicht bedeuten kann, dass irgendeine Religion unter diesem Stichwort bei uns geltende Grundrechte als für sie aus religiösen Gründen nicht gültig ansehen kann. Das betrifft etwa die Gleichberechtigung der Frau, die in unserem Staat, aber auch andere Themen. Auch darüber muss das Gespräch weiter in aller Klarheit geführt werden.

Ich komme zu meinem zweiten Hauptteil:

Gute Nachbarschaft.

Klarheit eröffnet ein produktives Gespräch und schützt vor Verletzungen. Denn wir wollen gute Nachbarschaft zum Islam. Auf keinen Fall wollen wir die in unserer Gesellschaft grassierende Angst vor dem Islam weiter anschüren.

Der Schweizerische Rat der Religionen, dem der Präsident des Evangelischen Kirchenbundes der Schweiz, Thomas Wipf, vorsteht, hatte am 12. November 2007 ein Gespräch mit dem Abgesandten der OSZE für den Kampf gegen Intoleranz und die Diskriminierung von Muslimen, Botschafter Ömür Orkun. Dabei widerspricht der Rat der Religionen „der Auffassung, es gebe eine generelle Repression gegenüber Muslimen“. Er versprach jedoch

„der latenten Islamophobie zu begegnen, die in den Köpfen vieler Menschen existiert“. Dem kann ich mich im deutschen Kontext voll anschließen.

Deshalb sage ich ein klares Ja zum Neubau von Moscheen. Es ist unwürdig, wenn Muslime gezwungen werden, ihren Gottesdienst in Fabrikhallen, in Garagen oder Hinterhöfen zu feiern. Jede Religionsgemeinschaft hat das Recht, Stätten des Gebets zu errichten, wo der Gottesdienst in aller Öffentlichkeit und vor den Augen einer bürgerlichen Gesellschaft stattfinden kann. Dass der Neubau einer Moschee das Stadtbild verändert, ist nichts Neues. Das gilt in gleicher Weise auch für jeden repräsentativen Bau etwa einer Bank oder Versicherung oder auch für die christlichen Kirchen, von denen ich ja auch regelmäßig neue einweihen darf. Dass unter diesem Gesichtspunkt nicht überall jede Form eines neuen Gebäudes genehmigt wird, ist eine normale Folge des Baurechts. Aber wir dürfen nicht mit Hilfe des Baurechts grundsätzlich Moschee-Neubauten verhindern.

In Nürnberg etwa hatten Juden jahrhundertlang kein Bürgerrecht. Nach dem Anschluss Nürnbergs an Bayern 1806 und der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden im Königreich gab es auch in Nürnberg wieder eine rasch wachsende jüdische Gemeinde. Ihr wurde von der Stadt Nürnberg an prominentester Stelle ein Bauplatz zur Verfügung gestellt: Am Ufer der Pegnitz mit Blick auf St. Lorenz und St. Sebald und in unmittelbarer Nachbarschaft des Heiliggeistspitals. Das Stadtbild war damit intensiv und nachhaltig verändert. Bei der Einweihung waren nicht nur die Stadtpitze, sondern selbstverständlich auch die Dekane der beiden großen Kirchen dabei und überbrachten ihre Glückwünsche.

So waren auch Kardinal Wetter und ich ganz selbstverständlich bei der Grundsteinlegung des neuen jüdischen Zentrums in München und der feierlichen Einweihung dabei. Zwar ist theologisch gesehen das Verhältnis von Christen zu Juden ein völlig anderes als zu Muslimen. Die grundsätzliche Akzeptanz von Kultgebäuden anderer Religionen in unserem religiös neutralen Staat ist aber in beiden Fällen dieselbe.

Ich erinnere auch an die Erfahrungen evangelischer Minderheitskirchen in Europa. Die Errichtung einer evangelischen Kirche der Waldenser in Rom an der Piazza Cavour, das heißt in unmittelbarer Nähe des Vatikans, war erst möglich nach dem Ende des Kirchenstaates. Auch da noch wurde dieser Neubau mit Argumenten bekämpft, die heute in ähnlicher Weise gegen Moscheen gebraucht werden.

Der Moscheebau ist wichtig, aber er ist nur ein äußerliches Symbol. Viel wichtiger ist die bildungspolitische Aufgabe. Ich denke an die Einführung eines muslimischen Religionsunterrichts. Sie wissen, dass zurzeit in drei Orten in Bayern, nämlich in Erlangen, Nürnberg und in München islamische Unterweisung an staatlichen Schulen stattfindet, auch

wenn dies noch kein ordentlicher islamischer Religionsunterricht nach Artikel 7 des Grundgesetzes ist.

Die ethnischen Konflikte etwa im ehemaligen Jugoslawien und die Migrantenströme der letzten Jahrzehnte haben bewirkt, dass vorher fraglose kulturelle und religiöse Identitäten in den Strudel der Verunsicherung gerieten. Gleichzeitig wurde vielen bewusst, dass die Bewahrung der eigenen Identität gerade in fremder Umgebung lebensnotwendig ist. Auch Menschen, die vorher der Religion keine große Bedeutung zugemessen haben, gewannen die Einsicht, dass religiöse Identität ein zentraler Teil der kulturellen Identität ist. Dies bedeutet: Religionsunterricht ist für alle Menschen, insbesondere aber für Migranten, Hilfe zum geistigen Überleben. Jugendliche erfahren, aus welcher Tradition sie kommen, sie lernen die Grundwerte und Überzeugungen, aus denen ihre Eltern und Großeltern gelebt haben, aus denen sie selbst leben können. Im günstigen Fall erkennen sie, was ihnen selbst Halt in schwierigen Lebenssituationen geben wird.

Ich weiß natürlich, welche Schwierigkeiten der flächendeckenden Einführung eines islamischen Religionsunterrichts entgegenstehen. Es fehlt ein organisiertes islamisches Gegenüber zum Staat, wie er das etwa in der römisch-katholischen oder in der evangelisch-lutherischen Kirche hat. Die Bildung von Elternvereinen ist ein Versuch, wenigstens an einigen Orten in Bayern weiter zu kommen. Ich möchte alle Verantwortlichen bitten, diese Versuche zu unterstützen, weitere Orte einzubeziehen und an dem Ziel eines ordentlichen Schulfaches „Islamischer Religionsunterricht“ nicht irre zu werden.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal daran erinnern, was für eine große Hilfe für die Integration von Migrantenfamilien auch Kinderkrippen und Kindertagesstätten sein können. Dort erwerben die Kinder nicht nur die für den späteren Schulbesuch unabdingbaren sprachlichen und sozialen Kompetenzen, häufig fungieren die Erzieherinnen auch als Familienberaterinnen, die den Eltern helfen, sich im neuen sozialen Umfeld zurechtzufinden und einzugliedern.

Neben der religiösen Unterweisung für Kinder und Jugendliche ist ebenso wichtig auch islamische Erwachsenenbildung, etwa die Aus- und Weiterbildung von islamischen Geistlichen und Religionslehrern, die sich am kulturellen und vor allem am verfassungsmäßigen Kontext unseres Landes orientiert. Die Idee der Islamischen Gemeinde Penzberg, das Zentrum für Islam in Europa in München (ZIEM) zu errichten, erachten wir in diesem Zusammenhang als eine Hilfe. Natürlich kann eine privat getragene Akademie die Aufgabe auf Dauer nicht lösen. Nötig ist wenigstens eine islamisch-theologische Fakultät in Deutschland, die islamische Theologen nach universitärem Standard und im Kontext anderer Wissenschaften ausbildet. Für die Übergangszeit bis dahin aber braucht es auch private bzw. nicht-staatliche Initiativen, die den Islam als Bestandteil der geistigen Landschaft

unseres Landes fördern und entwickeln helfen. Wir wünschen uns deshalb, dass eine islamische Akademie in München in enger Kooperation mit den zuständigen staatlichen Stellen, vor allem mit dem Kultusministerium und den theologischen Fakultäten an der hiesigen Universität ihre Arbeit aufnimmt.

Ich habe bewusst die bildungspolitische Aufgabe vor sicherheitspolitische Überlegungen gestellt. Angesichts der Präsenz von 3 bis 3,5 Millionen Muslimen in Deutschland – die natürlich, wie Christen auch, ihr Leben in unterschiedlicher Nähe und Ferne im Glauben führen – hat die bildungspolitische Aufgabe absoluten Vorrang.

Angesichts sicherheitspolitischer Bedenken mancher Behörden möchte ich sagen: Wir danken dem Innenministerium, dem Verfassungsschutz und der Polizei für ihre notwendige Arbeit und wünschen dazu Sorgfalt und Fingerspitzengefühl. Die Kirche aber folgt nicht einer Verdachtshermeneutik, wie sie der Verfassungsschutz oft zeigt, sondern redet mit allen, die mit ihr reden wollen, und zwar aus einem theologischen wie einem politischen Grund: Die Kirche kann den Dialog der Religionen nicht ablehnen, weil die Kommunikation des Glaubens nach innen und außen zu ihren Wesensmerkmalen gehört. Sie leistet aber auch einen Dienst für die Gesellschaft, indem sie mit allen Dialogwilligen in Kontakt bleibt und so dem Abdriften muslimischer Mitbürger in die Arme von Fundamentalisten und Extremisten entgegen wirkt.

Selbstverständlich erwarten wir von unseren muslimischen Mitbürgern, dass sie die Grundrechte unserer Verfassung respektieren und mehr als das: Wir wünschen uns, dass die Muslime in unserem Land die Grundrechte als einen Raum freier religiöser menschlicher Lebensgestaltung erleben, für dessen Erhalt einzutreten absolut sinnvoll ist. Beide großen Kirchen in Deutschland haben lange gebraucht, um sich mit den Gedanken der Demokratie und der Menschenrechte zu versöhnen. Diese Zeitspanne reicht etwa von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der französischen Revolution bis zur Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Es hat 150 Jahre gedauert, bis die Kirchen in Sachen Menschenrechten zur der Auffassung gelangt sind, die wir heute vertreten. Eine ähnlich lange Zeit wird unseren muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht zur Verfügung stehen. Desto mehr wollen wir unseren Teil dazu beitragen, dass die notwendigen Lernprozesse auf beiden Seiten gut und rasch gelingen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Blick auf bevorstehende Ereignisse des neuen Jahres 2008 werfen:

Vor 200 Jahren, am 21. Februar 1808 wurde in Fürth Wilhelm Löhe geboren, der spätere Neuendettelsauer Pfarrer und Mitbegründer der lutherischen Mission. 1853 richtete er in Neuendettelsau eine Ausbildung für junge Frauen ein, die als Diakonissen in den umliegenden Gemeinden Kranke und alte Menschen betreuten. Daraus entstand das Mutterhaus der

Diakonissen in Neuendettelsau und wurde zum Grundstein des heutigen Diakoniewerkes mit 6000 Mitarbeitern.

Eine ganz ähnliche Arbeit begann Johann Hinrich Wichern in Hamburg. Auch sein Geburtstag jährt sich am 21. April zum 200. Mal.

Beide Jubiläen sind für uns ein guter Anlass, um auf die unauflösbare Verbindung von Kirche und Diakonie hinzuweisen. Ich selbst werde am 24. Februar den im Fernsehen übertragenen Gottesdienst zum Löhe-Jubiläum in Fürth halten.

Wir sind Kirche Jesu Christi, und wir sind Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern. Das eine sind wir seit 2000 Jahren, das andere seit 200 Jahren, seitdem es das moderne Bayern gibt. 1808 wurde im Innenministerium die Kirchensektion gegründet – das „Generalkonsistorium“. 1809 folgten Religionsedikt und Konsistorialordnung – beides grundlegende Vorentwürfe zur Kirchenverfassung von 1818. Darum wollen wir von Herbst 2008 bis 2009 dieses Jubiläums gedenken. Natürlich kann man die Kirche Jesu Christi und eine landesherrliche Verwaltungsreform nicht miteinander vergleichen. Aber die Gestalt der Kirche ist nun mal ein „weltlich Ding“. Ich weiß auch: Es steht der Kirche nicht gut an, sich selbst zu feiern. Auch sind viele unserer Kirchen, Gemeinden und Einrichtungen weit älter als 200 Jahre. Aber dieses Jubiläum ist ein guter Anlass, uns zu besinnen auf unsere Geschichte als christliche Kirche lutherischen Bekenntnisses in Bayern. Eine Wanderausstellung wird sich als roter Faden durch ganz verschiedene Veranstaltungen in den sechs Kirchenkreisen ziehen. Am Anfang steht ein internationaler Kongress zum 200. Geburtstag Löhes, am Schluss die Premiere einer musikalischen Uraufführung, die in unserem Auftrag komponiert worden ist.

Lassen Sie mich den Blick jetzt schon auf das Jahr 2010 richten und den bevorstehenden Ökumenischen Kirchentag. Mit der Berufung von Bischof Marx haben die Vorbereitungen einen neuen Schub bekommen. Ich bin sicher, dass wir den gemeinsamen ökumenischen Weg mit Bischof Marx in der gleichen vertrauensvollen Atmosphäre werden weitergehen können, wie wir es mit Kardinal Wetter über viele Jahre praktizieren konnten. Mir ist ganz wichtig, dass in unserer Landeskirche die Vorbereitungen zu diesem Kirchentag uns auf dem ökumenischen Weg voranbringen. Mein Wunsch wäre, dass schon die Vorbereitungen viele neue ökumenische Gespräche und Impulse mit sich bringen, sodass die Tage des Kirchentags 2010 der Höhepunkt vieler guter ökumenischer Begegnungen sein werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.